

CH_VB 20020681 vom 9. Dezember 1991

Bundesverwaltung, 1991-12-09, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb__td_class__metadataCell__20020681__td_

FR: CH_VB 20020681 du 9 décembre 1991

IT: CH_VB 20020681 del 9 dicembre 1991

Erwägungen

E. 9

Dezember 1991 N 2283 Fragestunde Rechtlich sind zwar die Kantone für die Unterstützung zuständig, aber wenn das so weitergeht, sind die Kantone finanziell und punkto Unterbringung schon bald einmal überfordert. Gedenkt der Bundesrat, zur Unterstützung der Kantone mit Notmassnahmen tätig zu werden, und wenn ja, in welcher Form und wie schnell ist mit Hilfe seitens des Bundes zu rechnen? Die Zeit drängt. Bundesrat Koller: Der Bundesrat ist sich der schwierigen Lage der Kantone im Fürsorge- und Unterbringungsbereich bewusst. Er strebt daher im Rahmen des geltenden Asyl- und Ausländerrechts eine Lösung an, die sowohl eine unnötige Belastung des Asylverfahrens mit von vornherein aussichtslosen Gesuchen vermeidet als auch eine ausgewogene Verteilung der Fürsorgelasten zwischen Bund und Kantonen sicherstellt. Weiter gilt es zu vermeiden, dass unser Land für vom Bürgerkrieg nicht betroffene Jugoslawen zusätzlich attraktiv wird. Die zu treffenden Massnahmen werden zurzeit mit den Kantonen abgesprochen. Frau Bühlmann: Herr Bundesrat, in den «Luzerner Neuesten Nachrichten» vom 29. November steht, dass der Pressesprecher Ihres Departementes, Herr Jörg Kistler, sagt, dass Sie am 5. Dezember im Bundesrat entscheiden werden, was die Kantone von Ihnen an Unterstützung in diesem Bereich erwarten können. Wird dieses Datum verschoben, und wie lange dauert es noch, bis Sie an die Adresse der Kantone eine präzise Antwort geben können? Bundesrat Koller: Auch wenn an sich die Zuständigkeiten klar sind - Fürsorge ist Sache der Kantone, Asyl ist Sache des Bundes -, brauchen wir für Jugoslawien, diesen ausserordentlichen Fall, Speziallösungen. Wir haben die Kantone dementsprechend orientiert, und sie können demnächst mit den nötigen Weisungen des Bundes rechnen. Frage 50: Wiederkehr. Opferhilfegesetz. Erste Auswirkungen Aide aux victimes d'infractions. Premiers effets de la loi Ab wann können die Opfer von Gewalttaten mit Hilfe aufgrund des Opferhilfegesetzes rechnen? Bundesrat Koller: Das Opferhilfegesetz wurde am 4. Oktober dieses Jahres verabschiedet. Die Referendumsfrist läuft am

E. 13

Januar des nächsten Jahres ab. Lieber das Datum des Inkrafttretens hat der Bundesrat noch nicht entschieden. Eine Inkraftsetzung sollte auf den 1. Januar 1993 möglich sein. Ein früheres Datum ist aus praktischen Gründen kaum möglich, da die Kantone bis zum Inkrafttreten noch die nötigen Beratungsstellen bezeichnen und die Organisation der Opferhilfe regeln müssen. Ein späteres Datum sollte im Interesse der Opfer vermieden werden. Wiederkehr: Für den Bereich der Strassenverkehrsunfälle, also bei den Gewalttaten auf der Strasse, hat das Departement von Bundesrat Ogi letzte Woche einen Bericht veröffentlicht, nach dem uns die Strassenunfälle jedes Jahr 5,4 Milliarden Franken kosten und 1,5 Milliarden Franken davon der Allgemeinheit überbürdet werden. Schlimmer noch: 800 Millionen Franken davon müssen die Opfer direkt oder indirekt selber bezahlen, durch

verminderte Produktivität, durch Lohnkürzungen. Man müsste den Benzinpreis sofort um 25 Rappen pro Liter erhöhen, nur damit die aus Strassenunfällen resultierenden, ungedeckten 1,5 Milliarden Franken nicht vom Steuerzahler und von den Opfern aufgebracht werden müssen. Oder aber man könnte bestimmen, dass auf den Bussen - beispielsweise bei Geschwindigkeitsübertretungen - in Zukunft ein zusätzlicher Malus bezahlt werden muss, damit die Unfallopfer die 800 Millionen Franken nicht mehr selber tragen müssen. Haben Sie die Möglichkeit, Herr Bundesrat, zusammen mit dem Inkrafttreten des Opferhilfegesetzes solche Vorschläge einzubringen, damit künftig die Verursacher der Unfälle zur Kasse gebeten werden? Bundesrat Koller: Ich glaube nicht, dass wir so etwas noch ins Opferhilfegesetz einbringen können. Dieses Gesetz ist bekanntlich von beiden Räten verabschiedet worden. Im Bereich der Strassenunfälle werden wir, wie angekündigt, nächstes Jahr eine Novelle zum Ordnungsbussengesetz erarbeiten und diese rechtzeitig dem Parlament unterbreiten, damit künftig höhere Ordnungsbussen ausgesprochen werden können. Die anderen Probleme, die Sie angetönt haben, gehören nicht in den Zuständigkeitsbereich meines Departementes. Der Bundesrat wird jedoch auch in diesen Bereichen die nötigen Entscheidungen treffen.

Frage 51: Goll. Laser-Krieg Jeux guerriers au laser Im neuen Vergnügungszentrum Grodoonia in Rümlang ermöglicht das erste «Laserdrome» in Europa, für das noch keine Bewilligung vorliegt, die «prickelnde» Erfahrung der Kriegführung in Rambo-Manier zu erproben. Unter dem Motto «alle gegen alle» schießen Kinder und Erwachsene mit Laserkanonen aufeinander. Wie stellt sich der Bundesrat zu diesem Laser-Krieg, und wie gedenkt er gegen diese Form der Militarisierung zu intervenieren? Bundesrat Koller: Bei diesen Spielzeugwaffen handelt es sich nicht um Waffen, die dem Konkordat von 1969 über den Handel mit Waffen und Munition unterstehen. Es sind ebenfalls keine Spielautomaten im Sinne des Spielbankengesetzes. Auf Bundesebene bestehen daher keine Möglichkeiten, dagegen zu intervenieren. Das bedeutet aber nicht, dass der Bundesrat solche Vergnügungsspiele gut findet oder gar unterstützen würde.

Frage 52: Fankhauser. Rechtswidrige Kinderhaft Incarcération illégale d'enfants Es soll vorkommen, dass Kinder von illegal eingereisten Eltern mit ihnen verhaftet und in Gefängnissen untergebracht werden. Kinder sollen auch, total verängstigt, in Zellen warten müssen, solange ihre Eltern vernommen oder befragt werden. Was unternimmt der Bundesrat, damit die Kinder von illegal eingereisten oder von abgewiesenen Asylbewerber(inne)n kindgerecht und unter Respektierung der Konvention für die Rechte der Kinder behandelt werden? Bundesrat Koller: Der Bundesrat hat keinerlei Kenntnis von derartigen Vorfällen. Haftanordnungen und Vollzugsmodalitäten sind sowohl beim strafrechtlichen Ermittlungsverfahren als auch beim fremdenpolizeilichen Weg- und Ausweisungsverfahren Sache der kantonalen Polizei- und Justizbehörden. Die primäre Verantwortung für die Einhaltung von Verfassungsrecht und Konvention liegt daher bei den Kantonen.

Frau Fankhauser: Die Eidgenossenschaft hat als Verhandlungspartnerin für die Konvention betreffend die Rechte der Kinder wenn nicht eine rechtliche, so doch eine moralische Pflicht, für das Wohl der Kinder zu sorgen. Was will der Bundesrat unternehmen, um tatsächlich zu verhindern, dass Kinder mit ihren Eltern verhaftet werden? Ich habe verschiedene Fälle in meiner Frage aufgezählt; ein Fall unter anderen wurde in Basel via Presse bekannt Bundesrat Koller: Wir würden den Vorfall verifizieren und beim entsprechenden Kanton intervenieren. Sie müssten uns aber genau angeben, wo das passiert ist. Eine Bundeskompetenz besteht aber, wie gesagt, nicht.

Frage 53: Gross Andreas. Oeffnung der Schweiz und Wahrung der demokratischen Rechte Ouverture à l'Europe et sauvegarde des droits démocratiques Immer mehr Schweizerinnen und

Schweizern wird bewusst, dass die nationale Souveränität erodiert angesichts der Transnationalisierung der wichtigsten Probleme, ihrer Ursachen, der

Heure des questions 2284 N 9 décembre 1991 Chancen, sie zu bewältigen, und des daraus folgenden Kooperationsbedarfs über alle Staatsgrenzen hinaus. Damit aus der Relativierung der nationalen Souveränität kein Abbau der demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger folgt, muss auch die Demokratie transnational weiterentwickelt und supra-staatlich institutionell neu konzipiert werden. 1. MUSS die Aussage von Bundesrat Koller, Europa zwingt die Schweizerinnen und Schweizer zu «einem leichten Opfer an Demokratie», als vorschnelle Kapitulation vor dieser politischen Herausforderung der Weiterentwicklung der bisher national beschränkten Demokratie verstanden werden? 2. Wenn nicht: Wie gedenkt sich der Bundesrat dieser Herausforderung, beispielsweise im Hinblick auf eine absehbare europäische Verfassung als Weiterentwicklung der Römer Verträge, zustellen? 3. Was gedenkt der Bundesrat innenpolitisch zu tun, damit die notwendige Öffnung der Schweiz nicht länger als Gegensatz zum ebenso richtigen Anspruch auf die Wahrung der demokratischen Rechte verstanden wird? Bundesrat Koller: Immer mehr Probleme haben grenzüberschreitenden Charakter und können nur durch gemeinsames Handeln mehrerer Staaten gelöst werden. Daraus ergibt sich unausweichlich ein Wandel des traditionellen Verständnisses staatlicher Autonomie. Im Zusammenhang mit der Schaffung des EWR erachtet der Bundesrat im Rahmen der Übernahme des sogenannten Acquis communautaire eine gewisse Einschränkung des fakultativen Referendums als notwendig, denn es gibt keinen EWR à la carte. Wenn Volk und Stände der Genehmigung dieses Vertrages zustimmen, müssen sie auch bereit sein, die sich daraus ergebenden Verpflichtungen und Änderungen des schweizerischen Rechts zu akzeptieren. Dies setzt allerdings voraus, dass die Konsequenzen des EWR-Vertrages für die schweizerische Rechtsordnung vor der Abstimmung über den Vertrag klar aufgezeigt werden. Das vom Bundesrat geplante Vorgehen stellt dies sicher. Der mögliche Ausschluss des fakultativen Referendums für die Rechtsänderungen, die auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des EWR-Vertrages vorgenommen werden müssen, bedeutet dagegen keineswegs einen dauerhaften Abbau direktdemokratischer Institutionen oder einen Verzicht auf die weitere Entwicklung der direkten Demokratie. Schritte in Richtung einer Weiterentwicklung der Demokratie im Bereiche der Außenpolitik sind im übrigen bereits gemacht worden. Erinnerung sei hier an die revidierte Regelung des Staatsvertragsreferendums in der Bundesverfassung, welche die Volksrechte wesentlich ausgedehnt hat, sowie an den neuen Artikel 47bis a des Geschäftsverkehrsgesetzes. Diese Bestimmung sichert eine stärkere Mitwirkung des Parlaments in diesem Bereich. Der Bundesrat verfolgt auch aufmerksam die Weiterentwicklung der Römer Verträge, die auch einen Ausbau der gesetzgeberischen Kompetenzen des EG-Parlaments bringen sollen. Der Bundesrat würde einen solchen Ausbau begrüßen. Ohne Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu sein, kann die Schweiz freilich die Entwicklung demokratischer Elemente in dieser supranationalen Gemeinschaft nicht mitgestalten. Die Öffnung der Schweiz steht nicht im Gegensatz zur Wahrung demokratischer Rechte, ruft aber zweifellos nach gewissen institutionellen Reformen. Der Bundesrat wird in seiner Botschaft zum EWR-Vertrag, im dritten Integrationsbericht und im Bericht zur Legislaturplanung 1991-1995 vertieft auf diese Problematik eingehen. Er wird zudem diesen Fragen im Rahmen seiner Informationspolitik zum EWR-Vertrag besonderes Gewicht beimessen und aufzeigen, dass das Engagement der Schweiz im Rahmen der europäischen Integration sich mit unseren demokratischen Institutionen und

Traditionen vereinbaren lässt. Gross Andreas: Meine Zusatzfrage basiert auf der Information, dass letzte Woche im Bawi die Frist ablief, innerhalb welcher Werbeagenturen ein Konzept zum «Verkauf» des EWR-Vertrages an das Schweizervolk vorschlagen konnten. In einem Umfang von 6 bis 8 Millionen Franken steht dafür offenes Geld zur Verfügung. Jetzt frage ich Sie: Glauben Sie nicht, dass die entsprechende finanzielle und auch politische Unterstützung von ökologischen, kirchlichen und demokratiespezifischen Organisationen - welche die Demokratie auf der übernationalen Ebene fördern wollen, so dass aus der abnehmenden Autonomie des Staates kein Demokratieabbau für Bürgerinnen und Bürger folgt - nicht besser wäre, um das Schweizervolk von der notwendigen Öffnung zu überzeugen? Damit würden Fakten geschaffen, die überzeugender sind als Werbekonzepte. Ich kann Ihnen die Frage auch noch heimatkundlicher stellen: 1848 hat der Kanton Appenzell Innerrhoden den Beitritt zur Eidgenossenschaft aus der Angst heraus abgelehnt, Souveränität zu verlieren, d. h., die Männer haben damals Angst gehabt, demokratische Mitwirkungsrechte zu verlieren. Das erwies sich deshalb als falsch, weil damals im Bund demokratische Rechte eingerichtet worden sind. Diese Angst war also damals schon gross, und sie ist heute fast noch grösser, ohne dass auf europäischer Seite entsprechende Rechte institutionalisiert würden, weil es noch keine Verfassung gibt. In dieser Beziehung - ich denke über den EWR hinaus - sollte der Bundesrat diese Angst ernst nehmen und entsprechende gesellschaftliche Bewegungen fördern.

Bundesrat Koller: Herr Andreas Gross, hinsichtlich der Zusatzfrage zum Bawi bin ich die falsche Adresse. Darüber könnte Herr Bundesrat Delamuraz besser Auskunft geben. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der demokratischen Institutionen in der Europäischen Gemeinschaft haben sich wohl alle Bundesräte immer wieder dazu bekannt, dass sich die EG in Richtung mehr Demokratie weiterentwickeln werde und müsse, damit Volk und Ständen der Schweiz eines Tages der Beitritt leichterfalle. Wir dürfen uns hier aber auch keinen Illusionen hingeben. Solange wir nicht Mitglied der EG sind, sind unsere Einflussmöglichkeiten in bezug auf mehr Demokratie in der EG wohl - aufgrund der Natur der Sache - sehr beschränkt. Aber wir begrüssen es durchaus, wenn neben dem Bundesrat auch gesellschaftliche Organisationen in Richtung mehr Demokratie in der EG arbeiten.

Question 54: Ruffy. Ermordung von Kazem Radjavi. Stand des Ermittlungsverfahrens Assassinat de Kazem Radjavi. Etat de la procédure judiciaire Bien qu'il y ait maintenant plus d'une année et demi que M. Kazem Radjavi a été sauvagement assassiné dans le canton de Vaud, nous n'avons toujours par les résultats de l'enquête du juge Châtelain. C'est le gouvernement de la République islamique d'Iran qui bloque actuellement la procédure. Cette attitude est d'autant plus inacceptable que l'Ambassade iranienne à Berne, le Consulat et la mission iranienne de Genève semblent aussi impliqués dans l'assassinat de M. Chapur Bakhtiar. Le Conseil fédéral peut-il nous renseigner sur l'état de la procédure judiciaire? Au cas où le gouvernement iranien continuerait à s'opposer au déroulement correct de la procédure, notamment en donnant suite aux demandes de la commission rogatoire, le Conseil fédéral envisage-t-il d'intervenir pour que toute la lumière soit faite sur cet assassinat qui ne saurait rester impuni? Bundesrat Koller: Für die Untersuchung im Fall von Radjavi ist der Kanton Waadt zuständig. Nur der mit der Untersuchung beauftragte Untersuchungsrichter, Herr Roland Châtelain, ist befugt, über die betreffenden Untersuchungsergebnisse Auskunft zu geben. Im Oktober 1990 hat der kantonale Untersuchungsrichter ein Rechtshilfesuch an die iranischen Behörden gestellt. Im März dieses Jahres erklärten sich diese bereit, unter der Voraussetzung bestimmter Garantien darauf einzutreten. Anlässlich eines Treffens mit iranischen Vertretern bestätigte Herr

Châtelain am 21. August dieses Jahres sein Rechtshilfege- such, weigerte sich aber, Bedingungen anzunehmen. Bis heute liegt keine Antwort auf das Rechtshilfesuch vor.

9. Dezember 1991 N 2285 Fragestunde Der Bundesrat hat sich wiederholt dazu geäußert. Er legt Wert darauf, Licht in diese Angelegenheit zu bringen, kann sich aber wegen der Gewaltentrennung nicht in ein kantonales Ge- richtsverfahren einmischen. Frage 55: Tschopp. Beziehungen Bundesrat/Nationalbank Relations entre le Conseil fédéral et la Banque nationale Nach Presseberichten ist es kürzlich zu gegenseitigen Beschul- digungen zwischen dem Präsidenten des Direktoriums der Na- tionalbank und Mitgliedern des Bundesrates gekommen. Diese Auseinandersetzung, gibt Anlass zur Annahme, zwischen Bund und Nationalbank herrschten schwere Meinungsverschieden- heiten. Ich möchte wissen, was der Bundesrat zu unternehmen ge- denkt, um seine Beziehungen mit der Zentralbank zu normali- sieren und die gegenseitige Achtung und das zur Führung einer zielstrebigen und abgesprochenen Währungspolitik notwen- dige Vertrauensklima wiederherzustellen. Bundesrat Stich: Zwischen dem Direktorium der Schweizeri- schen Nationalbank und dem Bundesrat findet in regelmässi- gen Abständen ein Meinungsaustausch über wirtschafts- und währungspolitische Fragen statt. Gerade heute morgen legte der Präsident des Direktoriums dem Bundesrat die geldpoliti- schen Absichten der Nationalbank für das Jahr 1992 dar. Es gilt festzuhalten, dass zwischen der Nationalbank und dem Bundesrat keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenhei- ten bestehen, die das gegenseitige Vertrauen beeinträchtigen würden. Insbesondere sind wir uns darin einig, dass die Be- kämpfung der Inflation nach wie vor die vordringlichste Auf- gabe der Nationalbank darstellt Frage 56: Gonseth. Suchtprävention in der Bundesverwaltung Maladies de la dépendance. Prévention dans l'administra- tion fédérale 2,5 0/s 5 Prozent der Mitarbeiterinnen) von Verwaltungen und Betrieben leiden an einem erheblichen Alkohol- oder anderem Suchtproblem (Studien aus D, USA, CH). Neben moralisch-ethi- schen Aspekten verursacht dies auch erhebliche Kosten. Ver- schiedene öffentliche Verwaltungen und Betriebe betreiben deshalb Suchtprävention am Arbeitsplatz (z. B. Kanton Basel, Swissair, PTT, Migros usw.). Diese Konzepte basieren auf der Ueberzeugung, dass Suchtkrankheiten durch gezielte Behand- lung zum Stillstand gebracht werden können. Die Erhaltung der Arbeitsplätze spielt dabei eine grosse Rolle. Besteht ein Suchtpräventionskonzept in der Bundesverwal- tung? Wenn nein, erachtet der Bundesrat ein solches Konzept als notwendig? Wenn ja, welches Konzept besteht, und wie viele Leute sind damit beschäftigt? Bundesrat Stich: Nach dem Beamtenengesetz richtet der Bund einen verwaltungsärztlichen Dienst ein. Dieser Dienst wirkt un- ter anderem mit bei Massnahmen gegen Alkoholmissbrauch und gegen andere Süchte, ferner bei der allgemeinen Ge- sundheitspflege des Personals sowie bei der Bekämpfung an- steckender Krankheiten. Der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs dienen einerseits vorbeugende Massnahmen wie beispielsweise der Betrieb von Kantinen und Erfrischungsräumen, die Beratung durch Personal- und Fürsorgedienste, die Früherfassung Gefährde- ter durch die Vorgesetzten, Fürsorge- und ärztliche Massnah- men sowie Entwöhnungskuren, andererseits aber auch reak- tive Vorgehensweisen wie Disziplinarmaßnahmen und die Nichtwiederwahl. Das Personalamt hat darüber Richtlinien er- lassen. Der Tabakmissbrauch hat sich aufgrund der Wirkung von So- zial- und Präventivmedizin deutlich zurückgebildet. Es wird heute mehr Rücksicht genommen als früher. Dazu haben auch Richtlinien des Personalamtes beigetragen. Ein generelles Suchtpräventionskonzept besteht nicht. Zurzeit ist ein solches Konzept auch nicht geplant Im Rahmen eines Pilotprojektes betreibt der Bund in den Rüstungsbetrieben Suchtprophylaxe. Question 57: de Dardel. Die Banque hypothécaire de

Genève und die Spekulation Banque hypothécaire de Genève et spéculation Selon M. Daniel Zuberbühler, directeur adjoint de la Commission fédérale des banques, la Banque hypothécaire de Genève a, à l'occasion d'un prêt à APROFIM, M. Nessim Gaon, à concurrence de 175 000 000 de francs, largement dépassé le taux légal de prise de risque de cet établissement; la Commission fédérale des banques a dû intervenir, en 1990, à deux reprises pour que cette situation illégale soit assainie (cf. l'Hebdo du 7 novembre 1991). M. Olivier Vodoz, conseiller d'Etat genevois, a, par ailleurs, déclaré récemment que cette créance de 175 000 000 francs avait finalement été répartie entre quatre banques, dont la Banque hypothécaire de Genève, mais - sauf erreur - en automne 1991 seulement. Le Conseil fédéral peut-il confirmer l'exactitude de ces faits? S'agissant d'un prêt hypothécaire consenti en 1989, comment se fait-il qu'il ait fallu deux ans à la Banque hypothécaire de Genève pour assainir une situation irrégulière? Bundesrat Stich: Am 29. September 1989 hat die obgenannte Bank die Eidgenössische Bankenkommision über das Grossengagement, welches den Plafond gemäss Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe c Bankenverordnung überstieg, des in Frage stehenden Kunden informiert Zu dieser Zeit verfügte die Banque hypothécaire du Canton de Genève bereits über schriftliche Verträge betreffend die Abgabe von Unterbeteiligungen an andere Banken. Die bankengesetzliche Revisionsstelle der Banque hypothécaire du Canton de Genève hat dann in ihrem Revisionsbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 1989 bestätigt, dass das betreffende Engagement durch Uebergabe von Unterbeteiligungen reduziert worden ist. Per 31. Dezember 1990 überstiegen die Verpflichtungen des Kunden den Plafond von 40 Prozent der anrechenbaren eigenen Mittel der Bank nicht mehr. Question 58: Spielmann. Bankenpleiten. Auszahlung von Spargeldern Banques en déconfiture. Remboursement des épargnants Le laxisme en matière de crédits hypothécaires, le dépassement des quotas de crédit a déséquilibré le bilan de nombreux établissements bancaires. Ces derniers ont été contraints de s'endetter auprès des grandes banques pour tenter de faire face à leurs engagements. En cas de liquidation forcée, les comptes d'épargne et les comptes salaires sont remboursés dans notre pays de manière dérisoire en comparaison internationale. Face à la dégradation de la situation financière, le Conseil fédéral ne considère-t-il pas urgent de revoir ces limites ou d'imposer aux banques la création de fonds de secours permettant de dédommager les déposants? Bundesrat Stich: Die von der Schweizerischen Bankiervereinigung im Frühjahr 1984 abgeschlossene privatrechtliche Konvention 18 betreffend die Auszahlung von Spareinlagen und Gehaltskontoguthaben bei Zwangsliquidation einer Bank weist in der Tat gewisse Lücken auf. Zwar sind praktisch alle Banken dieser freiwilligen Vereinbarung angeschlossen. Der von ihr gewährte Schutz geht einstweilen klar über das gesetzlich vorgesehene Konkursprivileg von 10000 Franken auf Spareinlagen hinaus. Die Konvention 18 erlaubt die rasche Auszahlung von bis zu 30 000 Franken pro Gläubiger auf allen mit dem Ausdruck «Sparen» gekennzeichneten Guthaben sowie auf allen Konti, aufweiche regelmässig Löhne, Renten und Pensionen überwiesen werden. Voraussetzung für die Auszahlung aus den von den übrigen Konventionsbanken einzuschliessenden Mitteln ist jedoch, dass über die betroffene Bank ein Konkurs- oder Nachlassverfahren eröffnet wurde. Bei einer durch die Eidgenössische Bankenkommision angeordneten Schalterschliessung oder Liquidation infolge des Bewilligungsentzugs sowie bei einer blossen Bankenstundung fin-

Heure des questions 2286 N 9 décembre 1991 det die Konvention 18 keine Anwendung. Im Falle der Spar- und Leihkasse Thun hat diese Lücke zu bedauerlichen Härten für die Publikumsgläubiger und zu negativer Publizität im In- und Ausland geführt. Die

Beschränkung auf Spar- und Lohnkontoguthaben hat weiter zur Folge, dass insbesondere Kontokorrentguthaben von Gewerbetreibenden ungeschützt sind und damit deren Lohnzahlungen oder der Zahlungsverkehr an Lieferanten blockiert werden, was unerwünschte Kettenreaktionen in der betroffenen Wirtschaftsregion auslösen kann. Ein wesentlich weiter gehender Einlegerschutzfonds oder gar eine Einlegerschutzversicherung, welche wie zum Beispiel in den USA alle Einlagen bis zu 100 000 Dollar pro Gläubiger abdeckt, ist indessen ebenso problematisch. Der Zusammenbruch Tausender von amerikanischen Spar- und Leihkassen war nicht zuletzt eine Folge der durch die Versicherung begünstigten, riskanten Geschäftspolitik der Bankleitungen und der Sorglosigkeit der Anleger. Die Sanierung der maroden Banken und die Übernahme der Verpflichtungen der entleerten Versicherungskasse wird die amerikanischen Steuerzahler Hunderte von Milliarden Dollar kosten. Ein allzu grosszügiger Einlegerschutz führt letztlich zur Sozialisierung von Verlusten und unterhöhlt die Selbstverantwortung zum Nachteil vorsichtig geführter Bankeninstitute. In der Europäischen Gemeinschaft ist eine Richtlinie für einen obligatorischen Einlegerschutz bei Kreditinstituten in Vorbereitung. Deren Inhalt ist wegen der grossen Unterschiede einzelner Mitgliederländer jedoch noch heftig umstritten. Nach ihrem Erlass wird diese Richtlinie unter dem EWR-Vertrag zum *Acquis communautaire* gehören; sie wäre also auch von der Schweiz ins nationale Recht umzusetzen. Angesichts des noch völlig offenen Inhalts wäre eine gesetzliche Vorlage in der Schweiz heute eindeutig verfrüht. Das Eidgenössische Finanzdepartement wird aber im Hinblick auf eine Verbesserung der Konvention 18 mit der Bankiervereinigung Gespräche aufnehmen.

M. Spielmann: Une question supplémentaire. Le problème est important. En effet, dans les différentes législations sur la retraite, la question du 3e pilier reste toujours posée et, parallèlement, le nombre de comptes salaires dans les banques tend à augmenter. Les personnes ayant cotisé au 3e pilier et détentrices d'un compte salaire ont donc des raisons de s'inquiéter quant à la couverture, compte tenu de la situation de certaines banques. Je pose au Conseil fédéral la question suivante: suffit-il d'attendre l'adaptation de l'article 18 de la Convention des banques ou ne faut-il pas que le Conseil fédéral prenne des mesures plus énergiques - je pense au travail de la Commission des banques - à l'égard des quotas imposés pour les dettes hypothécaires, afin d'assainir la situation? Sinon, les problèmes risquent de s'aggraver; et ce, au détriment des plus faibles - on a parlé tout à l'heure de «socialisation» des pertes - car cela touche non seulement les recettes sur le revenu, mais aussi les comptes salaires et la retraite des gens au niveau du 3e pilier. Je demande donc au Conseil fédéral s'il ne considère pas qu'il faut faire plus que d'attendre une amélioration de l'article 18 de la Convention des banques.

Bundesrat Stich: Die Frage ist: Was kann man rasch tun? Meines Erachtens könnte man allerhöchstens die Konvention 18 im Einvernehmen mit der Bankiervereinigung regeln, und ich glaube, das wäre an sich das, was im Moment am ehesten dienen würde, denn eine definitive Versicherung wird auf sehr grosse Widerstände stossen. Es ist richtig, was Sie gesagt haben: Die heute geltende Verordnung ist an sich nicht sehr befriedigend, auch von der Höhe her, vor allem aber, weil beispielsweise häufig zwei Ehepartner ein gemeinsames Konto und dann nur Anspruch auf einmal 30 000 Franken haben; das müsste auch geregelt werden. Vor allem geht es darum, dass diese Konvention auch dann greifen sollte, wenn, wie im Falle der Spar- und Leihkasse Thun, die Eidgenössische Bankenkommision die Schliessung verfügt hat, um noch grösseren Schaden abzuwenden.

Frage 59: Scheidegger. Vertretung in Exportrisiko-Kommission Garantie contre les risques à l'exportation. Composition de la commission Im vergangenen Jahr hat der Nationalrat mit grossem Mehr

ein Postulat überwiesen, wonach die Kommission für die Exportrisikogarantie auf eine breitere politische Grundlage zu stellen ist und namentlich die privaten Entwicklungshilfswerke eine Vertretung stellen können. Der Bundesrat war bereit gewesen, das Postulat entgegenzunehmen. Ich frage den Bundesrat an, wie weit die Vorarbeiten in dieser Sache gediehen sind, ob der Bundesrat die Änderungen im Sinne des Postulats vorzunehmen gedenkt und bis wann die Änderungen in Kraft treten werden. M.

Delamuraz, conseiller fédéral: Le postulat de la commission auquel M. Scheidegger fait allusion était rédigé ainsi: «Aux fins d'augmenter le caractère représentatif de la Commission de la GRE et de sauvegarder la prise en considération et le point de vue de la politique du développement, le Conseil fédéral est invité à élargir la Commission de la GRE et, à cette occasion, de tenir notamment compte des intérêts des travailleurs et de la politique de développement» En exécution de ce postulat qu'il a accepté, le Conseil fédéral a porté de six à huit le nombre des membres de la Commission de la GRE. Le Conseil fédéral procédera aux désignations complémentaires pour ces deux nouveaux postes de la commission, lorsque les propositions qu'il a sollicitées lui seront parvenues. Ce sera fait au début de l'an prochain et la Commission de la GRE restera paritaire. Frage 60: Schwab. Gemeinsame Behandlung 7. Landwirtschaftsbericht und Botschaft 7e Rapport sur l'agriculture et révision de la loi. Examen conjoint Angesichts der vor dem Abschluss stehenden Gatt-Verhandlungen ist die Festlegung der künftigen schweizerischen Landwirtschaftspolitik dringend nötig. Die entsprechende Grundlage, der 7.

Landwirtschaftsbericht des Bundesrates, ist Pressemeldungen zufolge bereits fertiggestellt. Die Botschaft zur Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (Art. 31a und 31b) wurde vom Bundesrat mehrmals - zuletzt auf Ende dieses Jahres - angekündigt, aber immer wieder hinausgeschoben. Gedenkt der Bundesrat, die inhaltlich zusammenhängenden Vorlagen 7. Landwirtschaftsbericht und Botschaft zur Änderung des LWG - dem Parlament so zu unterbreiten, dass sie im Erstrat gemeinsam bereits in der ausserordentlichen Session von Ende Januar 1992 behandelt werden können? M.

Delamuraz, conseiller fédéral: Je réponds à M. Schwab que le Conseil fédéral soumettra le 7e Rapport sur l'agriculture au Parlement avec et en même temps que le message concernant la révision de la loi sur l'agriculture, en vue d'introduire ces fameuses bases légales pour l'attribution de nouveaux paiements directs, c'est-à-dire les articles 31 a et 31 b. Le calendrier que nous avons fixé et que j'avais communiqué à votre conseil prévoit que le gouvernement transmettra ces deux projets aux Chambres en janvier prochain. Ainsi pourront-ils être traités au cours de la session de printemps de l'année prochaine par le premier conseil, si le Parlement en décide ainsi, bien entendu. En tout cas, les textes seront prêts. Question 61 : de Dardel. Bekämpfung der Inflation und Stabilisierung der Mietpreise Lutte contre l'inflation et stabilisation des loyers L'augmentation démesurée des loyers depuis deux ans constitue un facteur important de l'inflation, qui devrait dépasser plus 5 pour cent en 1991, selon la prévision faite en novembre 1991 par l'Office fédéral de la statistique. Le Conseil fédéral estime-t-il qu'une lutte efficace contre l'inflation passe par une stabilisation du prix des loyers? Est-il prêt à prendre des mesures réglementaires urgentes? Par exemple, en réduisant à 20 pour cent la part de compensation du renchérissement qui peut être répercutée sur les loyers (actuellement

9. Dezember 1991 N 2287 Fragestunde 40 pour cent, selon l'article 16 de l'ordonnance sur le bail à loyer). M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le Code des obligations dit: «Les loyers sont abusifs lorsqu'ils permettent au bailleur d'obtenir un rendement excessif de la chose louée ou lorsqu'ils résultent d'un prix d'achat manifestement exagéré.» Ils ne sont, en

revanche, pas abusifs notamment lorsqu'ils «ne compensent que le renchérissement pour le capital exposé aux risques». L'ordonnance que cite M. de Dardel fixe effectivement le maximum d'augmentation admissible à ce titre à 40 pour cent de la hausse de l'indice suisse des prix à la consommation. Cette règle vise à permettre aux bailleurs de protéger, contre le renchérissement, le capital qu'ils ont investi dans le logement. Si, comme le suggère dans sa question M. de Dardel, on réduisait ce taux de 40 pour cent à 20 pour cent, on empêcherait certainement, dans les circonstances d'aujourd'hui, de rentabiliser convenablement le capital engagé. On investirait par conséquent encore moins qu'aujourd'hui dans la construction de logements, ce dont les locataires souffriraient en fin de compte. La lutte contre le renchérissement, à laquelle le Conseil fédéral et la Banque nationale s'emploient, ne peut pas être ponctuelle, elle doit être globale pour conduire au succès, et les propositions doivent porter sur d'autres éléments que ces éléments trop ponctuels, qui auraient pour effet d'être contre-productifs en ce sens qu'ils décourageraient encore davantage la volonté de construire des logements.

M. de Dardel: Je suis déçu de votre réponse, Monsieur le Conseiller fédéral. Actuellement, l'inflation, selon les derniers chiffres publiés, sera de 5,5 pour cent en 1991, c'est-à-dire un taux d'inflation extrêmement élevé, et chacun reconnaît que ce taux élevé est dû, en grande partie, aux loyers qui continuent d'augmenter de manière excessive, alors même que la hausse des intérêts hypothécaires s'est en tout cas provisoirement stabilisée. Il existe donc un réel problème avec la règle de l'indexation partielle, qui est une règle légale, que vous venez de rapporter, car les loyers subissent, en quelque sorte, une double indexation. Dans un premier temps, les loyers influent de manière excessive sur le coût de la vie et, ensuite, le coût de la vie influe sur les loyers; il se produit donc une espèce de double répercussion. Le Conseil fédéral ne pourrait-il pas envisager, dans l'ordonnance d'application, de faire en sorte qu'il y ait un indice particulier qui ne comprenne pas le prix des loyers?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: La situation est en effet aujourd'hui celle du cercle vicieux. Alors qu'en situation de stabilité, les mesures dont je viens de parler ont joué un rôle protecteur utile, en situation de hausse, comme celle que nous connaissons actuellement, l'effet et l'accélération de l'effet qu'a signalés M. de Dardel sont parfaitement exacts. Cependant, c'est en s'en prenant à la racine du mal et non aux symptômes que nous pourrions enrayer cette mauvaise progression. Dans cet esprit, l'exigence de concilier le loyer fondé sur le marché avec la volonté de maîtriser la progression de l'inflation et de limiter la charge des locataires, en particulier pour les ménages financièrement faibles, doit passer par d'autres clés que celle de la réduction de cette proportion de 40 pour cent à 20 pour cent. C'est ce à quoi nous nous employons actuellement, et nous avons mis en place un groupe qui fera des propositions plus larges, Monsieur de Dardel, que cette seule proposition au Conseil fédéral. Nous espérons arriver à nos fins dans la première moitié de l'année prochaine.

Frage 62: Gonseth. Freisetzungsversuche genmanipulierter Kartoffeln
Essais de culture en plein champ de pommes de terre transgéniques
Erste Ergebnisse des Freisetzungsversuches genmanipulierter Kartoffeln ergeben eine Reihe von unvorhergesehenen Resultaten und Unklarheiten (zum Beispiel Formänderung, Zwiewuchs der Knollen, Uebertragungsmöglichkeit des Virusgens durch Mikroorganismen im Boden). Wann werden die Resultate dieses ersten Versuches endgültig ausgewertet sein, wann werden sie veröffentlicht, und welche unabhängige Instanz beurteilt die Ergebnisse und die resultierenden Gefahren, insbesondere die Frage, wie die Gefahr eines horizontalen Gentransfers ausgeschlossen wird? Ist der Bundesrat bereit, gemäss Artikel 10 Absatz 4 des USG, weitere Freisetzungsversuche zu sistieren, bis obige Fragen vollständig

geklärt sind? Frage 63: Bäumlín. Freisetzung genmanipulierter Kartoffeln in Changins 1992 Culture en plein champ à Changins de pommes de terre transgéniques Auf welcher Rechtsgrundlage will der Bundesrat allenfalls einen weiteren Freisetzungsversuch mit genmanipulierten Kartoffeln bewilligen? Sollte er einen solchen nicht vielmehr verbieten, weil genmanipulierte Pflanzen wegen ihrer Virenresistenz nicht freigesetzt werden dürfen, da dabei neuartige, gefährlicher Viren entstehen können (zum Beispiel durch Transkapsidierung, phänotypische Mischung und Vermischung der Genome), die im Freien weder kontrolliert noch zurückgeholt werden können? M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je rappelle tout d'abord au conseil ce que nous avons déclaré à plusieurs reprises l'an dernier, à savoir que les essais conduits à Changins ne correspondent pas à une sorte de dada ou de volonté théorique de nos chercheurs. Ils ne sont pas le fait de professeurs Nimbus en passe d'améliorer la science pour améliorer la science. Ils visent en réalité à accroître la résistance des pommes de terre, en l'occurrence, à certains parasites, par conséquent à permettre une production de ces tubercules qui soit plus riche et capable de couvrir un certain nombre de besoins, notamment dans le tiers monde. Ils visent de surcroît à pouvoir planter et cultiver ces pommes de terre par des moyens ne recourant pas nécessairement aux agents chimiques. Il y a donc une volonté hautement écologique dans les recherches effectuées à Changins sur les pommes de terre transgéniques. Il est cependant clair que ces essais doivent être conduits, compte tenu de la fragilité dans ce domaine, avec des précautions scientifiques fondamentales, et qu'ils doivent être suivis pas à pas par des organes de contrôle à même de s'exprimer tout à la fois dans les domaines scientifiques et éthiques de l'opération. Une évaluation sérieuse requiert que les essais conduits cette année puissent être répétés l'année prochaine, aux mêmes conditions et dans le même cadre. En outre, la base sur laquelle ces essais seront reconduits ne sera pas achevée d'ici au printemps prochain. Par conséquent, il faudra respecter les conditions définies très rigoureusement pour les essais de 1991. Je souligne, Mesdames, que le cadre nécessairement restreint de ma réponse à votre question commune mériterait beaucoup de développements. Je mets les spécialistes de l'Office fédéral de l'agriculture de mon département à la disposition de Mmes Bäumlín et Gonseth pour leur donner toutes les informations supplémentaires sur la nature de ces essais et sur les conditions dans lesquelles ils sont conduits. Vous pourrez ainsi être renseignées sur les détails de cette opération et, je l'espère, recevoir toutes les assurances quant à la manière dont elle est poursuivie. Frau Gonseth: Sie haben meine wichtigste Frage nicht beantwortet: Wie können Sie ausschliessen, dass durch diese Experimente der horizontale Gentransfer verhindert wird? In der Tat warnen immer mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler davor, dass durch diese Experimente neue Viren entstehen, die unter Umständen sehr gefährlich sind. Meines Wissens ist diese Risikoforschung beim jetzt abgelaufenen Experiment nicht einmal gemacht worden. Man muss also sagen, dass ein Experiment gemacht wird, das sehr gefährlich ist, und nicht einmal Risikoforschung betrieben wird.

Heure des questions 2288 N 9 décembre 1991 Meine Zusatzfrage, die ich dazu noch stellen möchte: Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass für solche Experimente einmal die Umkehr der Beweislast gefordert werden müsste, dass also diese Forscherinnen und Forscher uns beweisen müssten, dass solch gefährliche neue Viren nicht entstehen? M. Delamuraz, conseiller fédéral: La fin ne justifie pas les moyens, certes, et je ne prétends pas, parce que le but des recherches transgéniques conduites à Changins est réellement d'aboutir à des sortes de pommes de terre exemptes de parasites, que cela justifie tous les parcours de recherche ou n'importe quoi d'autre. Certainement pas. Je vous accorde que

ces recherches comportent un risque dont, de l'avis de tous les scientifiques consultés, de celui du KOBAGO, de celui de la commission totalement indépendante de l'administration, la «quotité» est supportable. Compte tenu de l'intérêt engagé dans cette opération, ce risque très minime peut être maîtrisé de manière quasi totale et, partant, pris en compte. Ce que je peux vous affirmer dans ma laïcité de béotien intégral, c'est que votre qualité de médecin vous permettra sans doute d'apprécier d'une manière plus détaillée et plus scientifique mon affirmation. C'est la raison pour laquelle je ne saurais trop vous recommander d'accepter mon offre d'entendre les spécialistes sur l'avis desquels le Conseil fédéral s'est fondé pour entreprendre ces essais qui, d'ailleurs, ne sont nullement uniques au monde. En effet, dans d'autres pays, des essais beaucoup plus développés et comportant davantage de risques sont conduits sur des végétaux. La consultation de spécialistes pourra donc peut-être vous apporter des lumières que le pauvre laïque et politique que je suis est incapable de faire. J'ai la conviction de ne pas prendre de responsabilité démesurée lorsque nous donnons le feu vert à la poursuite de ces essais jusques et y compris l'année prochaine. A l'issue de la période de deux ans, nous en tirerons les conclusions très clairement et très scientifiquement

Frau Bäumlín: Ihre Antwort an meine Kollegin bringt mich dazu, noch einmal nachzufragen, warum unsere Fragen eigentlich in Ihrem Departement beantwortet werden. Ich möchte sie nochmals genauer formulieren: Mit welchem volkswirtschaftlichen Gewinn wollen Sie das Eingehen eines so unheimlichen Risikos wie die Freisetzung neuer viröser Krankheiten in der Pflanzenwelt rechtfertigen? Dazu möchte ich Ihnen einen Tip geben: In der Mitte des letzten Jahrhunderts hat eine Kartoffelseuche die ganze Volkswirtschaft durcheinandergebracht und viele Leute bis nach Amerika vertrieben, damit sie überhaupt überleben konnten. Wenn Sie sagen, dass Sie gewiss sind, dass bei diesen Versuchen in Changins quantitativ nicht viel passieren werde, möchte ich Sie bitten, dieses Ereignis vom letzten Jahrhundert als Volkswirtschaftsdirektor im Hinterkopf zu behalten, um bei der Risikoabwägung sehr vorsichtig zu sein.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Pour répondre à Mme Bäumlín, je dirai que le Département fédéral de l'économie publique est en charge de ce dossier pour la simple et bonne raison que ce sont ses services, ses responsables et ses chercheurs à Changins qui ont la responsabilité de conduire ces essais et que, dès lors, nous devons en assumer la responsabilité au plus haut niveau, c'est-à-dire au niveau du gouvernement. Mais, ne vous trompez pas à cela, Madame Bäumlín, il est évident que ce n'est pas une activité isolée que le département considérerait pour elle-même dans son petit jardin secret. Il est clair que ces recherches sont le fait, ont été décidées et seront contrôlées par le Conseil fédéral tout entier. Les autres départements directement intéressés à cette démarche - je songe tout particulièrement au Département fédéral de l'intérieur et à l'Office fédéral de la santé publique - sont impliqués dans l'exercice. Donc, Madame Bäumlín, il faudra faire une distinction entre une responsabilité collectivement prise et l'exécution de la tâche et de cette responsabilité. Du reste, je remarque que le service de coordination des procédures d'autorisations pour l'application d'organismes génétiquement modifiés - le fameux KOBAGO précisément - ainsi que la Commission interdisciplinaire suisse pour la sécurité biologique dans la recherche et ses applications techniques (CSSB) ne sont nullement des organismes de mon département. Ce sont des organismes beaucoup plus généraux qui, au-delà des chercheurs et des scientifiques purs, regroupent les intérêts majeurs engagés dans l'opération, aux premiers rangs desquels figure la santé publique. Par conséquent, le Département fédéral de l'économie publique ne fait nullement cavalier seul; il n'en fait pas qu'à sa tête, il est responsable devant d'autres organismes qui le dépassent à la fois en responsabilité et en caution scientifique.

Frage 64: Wanner.

Gatt-Verhandlungen. Referendum Négociations du GATT. Référendum Stimmt es, dass beabsichtigt ist, jenen Teil der Gatt-Verhandlungen, welcher die Patentierung betrifft, nicht dem Referendum zu unterstellen? M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je peux répondre à M. Wanner que les résultats du cycle de l'Uruguay devraient constituer en principe un seul paquet auquel chacun des pays membres du GATT sera appelé à souscrire selon les procédures nationales qui doivent être engagées à cet effet. Par le passé, depuis que nous sommes du GATT et depuis que le GATT fait des pourparlers, Monsieur Wanner, on a obtenu des résultats qui ont fait l'objet de messages adressés aux Chambres fédérales. Il se trouve que ceux-ci n'ont pas demandé la modification de lois fédérales ou d'arrêtés fédéraux soumis à référendum. Voilà pourquoi il n'y a pas eu de référendum dans les temps passés, en ce qui concerne les transformations du GATT. Est-ce que cette fois, dans ce cycle de négociations, on débouchera sur des résultats impliquant des modifications de la législation suisse? C'est le point d'interrogation. En tout cas, je peux vous le dire en toute clarté, si la réponse est affirmative, si le résultat de l'Uruguay Round conduit le Conseil fédéral à vous présenter un message dans lequel il vous propose des modifications de lois, il est bien clair que les procédures habituelles se déclencheront et qu'au message unique ainsi qu'aux messages spécifiques rendus nécessaires par la modification de lois fédérales correspondra le droit interne, par conséquent le déclenchement ou non du référendum facultatif - probablement pas du référendum obligatoire mais en tout cas du référendum facultatif. Si, par exemple, les résultats en matière de propriété intellectuelle commandaient un changement de la loi suisse sur les brevets, il en irait ainsi. Mais, pour le moment, c'est encore de la musique d'avenir puisque, encore une fois, l'Uruguay Round n'est pas terminé. Sachez en tout cas qu'il n'y aura dans la traduction suisse des résultats de l'Uruguay Round aucune volonté d'échapper à la règle internationale et, en particulier, à celle du référendum facultatif s'il se présente.

Frage 65: Danuser. Frauenvertretung in den leitenden Organen der SRC Représentation féminine au sein des organes directeurs de la SSR In nächster Zeit wird der Bundesrat über die Strukturreform der SRG entscheiden sowie die ihm zugewiesenen Wahlen in den Zentralrat der SRG und den Ausschuss des Zentralrates vornehmen. Welche Vorkehren haben der Bundesrat und die SRG getroffen, um eine angemessene Frauenvertretung (rund 50 Prozent) in diesen Gremien zu sichern? Bundesrat Ogi: Die neuen Statuten der SRG, die von der Delegiertenversammlung der SRG am 22. November 1991 verabschiedet wurden und welche vom Bundesrat noch zu genehmigen sind, sehen für die personelle Zusammensetzung des Zentralrates und des Ausschusses des Zentralrates keine eigentliche Frauenquote vor. Das Anliegen, auch in den künftigen Leitungsgremien der SRG die Gleichstellung von Frau

9. Dezember 1991 N 2289 Fragestunde und Mann zu verwirklichen, ist indessen unbestritten und auch berechtigt. Der Bundesrat wird sich bemühen, die Frauen im Rahmen der ihm zustehenden Erneuerungsquote angemessen zu berücksichtigen. Frau Danuser: Ich danke für Ihre Antwort, aber sie ist mir nicht ausführlich genug. Die Besetzung der Organe von Radio und Fernsehen in der Schweiz ist nicht nur für die Betroffenen, sondern über sie hinaus für die Allgemeinheit von grosser Bedeutung. Nun weiss man von zumindest drei Männern, die gezielt für eine leitende Position angegangen worden sind. Gibt es auch Frauen, die gezielt für eine leitende Position angesprochen worden sind, und wenn ja, wie viele? Bundesrat Ogi: Ich weiss nicht, von welchen drei Männern Sie sprechen, die gezielt angegangen worden seien. Ich habe aber zur Kenntnis genommen, dass die Antwort nicht ausführlich genug ist. Ich kann Sie aber beruhigen und Ihnen sagen, dass ich mich am 7. November 1991 bereits in einem Gespräch mit Frau Eva

Maria Zbinden, der Beauftragten für Frauenfragen der SRG, in dieser Angelegenheit unterhalten habe. Aber Sie müssen zur Kenntnis nehmen: Der Bundesrat weiss noch nicht, wie viele Leute er bestimmen kann. Das wird sich zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. Der Bundesrat hat auch zu den Statuten, die ihm unterbreitet wurden, noch nicht Stellung genommen. Aber wir haben die nötige Sensibilität, um Ihrer Frage die nötige Beachtung zu schenken.

Frage 66: Steinemann. Benutzerbewilligung für den Flugplatz Altenrhein Aérodrôme d'Altenrhein. Permis d'utilisation Auf dem Flugplatz Altenrhein ist ein Instrumentenanflugsystem (ILS) installiert und für den Linienflugbetrieb zugelassen. Wieso kann das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) die Benutzerbewilligung nicht auch auf die übrigen, mit den nötigen Instrumenten ausgerüsteten privaten und gewerbsmässig verkehrenden Flugzeuge ausdehnen? Schriftliche Antwort des Bundesrates Tatsächlich hat das BAZL am 31. März 1991 der Airport Altenrhein AG nur eine begrenzte Inbetriebnahme des Instrumentenlandesystems (ILS) auf dem Flugplatz Altenrhein bewilligt. Das ILS darf nur im Rahmen der Bedürfnisse der Linienverbindung zwischen Wien und Altenrhein benützt werden. Ausflugsicherungs-technischen Gründen sind zudem höchstens sechs Instrumentenflugbewegungen pro Tag zulässig. Trotz des sehr limitierten Umfangs sind gegen diese Bewilligung zahlreiche Beschwerden eingereicht worden. Eine über die Bewilligung hinausgehende Freigabe des ILS kann erst in Betracht gezogen werden, wenn die flugsicherungs-technischen Voraussetzungen erfüllt sind und zusätzliche Angaben über die Auswirkungen auf die Umwelt vorliegen. Entsprechende Abklärungen sind im Gang.

Frage 67: Steinemann. Schottertransporte im Grenzverkehr Vorarlberg-Saint-Gallen Transports de cailloutis dans le trafic frontalier Vorarlberg-Saint-Gall Seit der Einführung der Schwerverkehrsabgabe in der Schweiz leiden die sanktgallischen Transportunternehmen im Grenzverkehr mit Oesterreich unter Retorsionsmassnahmen. Drei-Achsen-Kipper, in der Schweiz für 25 Tonnen zugelassen, dürfen in Vorarlberg mit nur 22 Tonnen verkehren, Vier-Achsen-Kipper, bei uns für 28 Tonnen zugelassen, nur mit 25 Tonnen. Auch für die reduzierten Gewichtszulassungen muss, als weitere Schikane, mehrmals jährlich für jedes Fahrzeug eine separate, gebührenpflichtige Bewilligung von der Vorarlberger Landesregierung eingeholt werden. Die LKW dürfen bei der Einfahrt nach Oesterreich maximal 200 Liter Treibstoff mitführen, was meistens auch kontrolliert, und bei Verstoss mit 150 Franken gebüsst wird. Diese Vorschrift bedingt wiederum eine mehrmalige Betankung pro Tag. Sieht der Bundesrat Möglichkeiten, für die Interessen dieser Schweizer Gewerbetreibenden auf die österreichische Regierung einzuwirken? Schriftliche Antwort des Bundesrates Am 30. Januar 1991 hat die Vorarlberger Landesregierung eine Verordnung zur Beschränkung der Kiestransporte in der Rheintaler Grenzregion erlassen. Gemäss den Bestimmungen des schweizerisch-österreichischen Abkommens vom 22. Oktober 1958 über den grenzüberschreitenden Verkehr mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen können Fahrten zur Güterbeförderung zwischen beiden Ländern genehmigungsfrei durchgeführt werden. Die Fahrzeuge müssen in der Schweiz oder in Oesterreich immatrikuliert sein. Polizeiliche Beschränkungen werden aber ausdrücklich vorbehalten. Die Massnahmen der Vorarlberger Landesregierung sollen «zur Fernhaltung von Gefahren und Belästigungen, insbesondere durch Lärm, Geruch und Schadstoffe» dienen. Unser Bundesgesetz über den Strassenverkehr anerkennt solche Gründe selber als polizeiliche Gründe (Schutz der Bewohner oder gleichermassen Betroffenen vor Lärm und Luftverschmutzung). Die Schweizer Behörden sind sich der Angelegenheit der Kiestransporte bewusst. Obwohl die österreichische Regelung rechtlich abgesichert ist, weist die Schweizer Behörde im Kontakt mit Oesterreich regelmässig auf

diese Behinderungen der Schweizer Gewerbetreibenden hin. Die Schweiz ist bereit, diese Frage mit den zuständigen österreichischen Behörden erneut zu erörtern. Frage 68: Steiger. Realisierung einer echten Nationalstrassen-Umfahrung von Zürich Route nationale contournant Zurich D;ëser Tage wurde die Planaufgabe zur N 20 und N 4 im Räume Zürich abgeschlossen. In der öffentlichen Diskussion steht erneut ein gestreckter Uetlibergtunnel als echte Umfahrung der Stadt Zürich. Neu vorgelegte Zahlen zur Verkehrsentwicklung zeigen, dass die Luftreinhalteverordnung in diesem Belastungsgebiet über die Jahrtausendwende hinaus illusorisch bleibt, wenn der Zustrom auf der Strasse nicht eingedämmt, sondern noch verstärkt wird. Ist der Bundesrat bereit, im Zuge des Einspracheverfahrens auch eine Variante mit klarer Umfahrungsfunktion - also ohne Attraktivitätssteigerung für Pendlerinnen und Pendler - in Erwägung zu ziehen? Schriftliche Antwort des Bundesrates Das jetzt aufgelegte Projekt ist ein Ausführungsprojekt des vom Bundesrat beschlossenen generellen Projektes. Das Ausführungsprojekt kann rechtlich angefochten werden, gerade auch in bezug auf die Umweltrelevanz. Das bereinigte Projekt muss vor dem Baubeginn vom EVED genehmigt werden. Nach dem im Nationalstrassengesetz vorgegebenen Verfahren ist keine erneute Behandlung des Projekts durch den Bundesrat mehr vorgesehen. Bei der Verabschiedung des generellen Projekts hat sich der Bundesrat sehr eingehend auch mit den vom Fragesteller aufgeworfenen Fragen befasst, ist aber der Auffassung, das beschlossene generelle Projekt sei insgesamt eine optimale Lösung. Der Bundesrat hat deshalb keine Veranlassung, im Sinne des Fragestellers auf das Projekt zurückzukommen. Dies um so mehr, als die Erfahrung der letzten Zeit gezeigt hat, dass es den Kantonen regelmässig gelingt, durch sorgfältige Erarbeitung der Ausführungsprojekte schonende, gute Projekte zu realisieren. Frage 69: Giezendanner. Ausbau des Baregg隧nels Aménagement du tunnel de Baregg Die Nationalstrasse N 3 (Basel-Zürich) ist im Bau. Sie wird im Räume Baden in die N 2 einmünden. Kurz nach der Einmündung in die N 2 steht aber der inzwischen von Staumeldungen bekannte Bareggtunnel. Es ist bekannt, dass im Grossen Rat des Kantons Aargau schon oft über das Problem gesprochen

Heure des questions 2290 N 9 décembre 1991 wurde. Zurzeit werden Studien gemacht, wie das Problem zu lösen ist. Eine detaillierte Studie, bzw. Planung liegt nun vor. Die dritte Röhre könnte sofort gebaut werden. Eine Bauunternehmung bzw. eine renommierte Ingenieurfirma könnten den Tunnel bis zum Zeitpunkt der Eröffnung der N 3 bauen. Damit könnte der Verkehrskollaps ausgeschlossen werden. Ist der Bundesrat bereit, dem Kanton Aargau zweckgebundene finanzielle Mittel (Treibstoffzollzuschlag) für die Realisierung zur Verfügung zu stellen und damit das Projekt zu fördern? Schriftliche Antwort des Bundesrates Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, das Postulat Humbel vom 23. Juni 1989 betreffend Bau einer dritten Röhre beim Bareggtunnel entgegenzunehmen. Die seitherigen Abklärungen haben ergeben, dass aufgrund der komplexen Gesamtsituation nicht nur diese eine Variante in Betracht gezogen werden darf. Der Bundesrat hat deshalb seine Zustimmung zu einer umfassenden Zweckmässigkeitsprüfung langfristiger baulicher Massnahmen gegeben. Diese Zweckmässigkeitsprüfung ist angelaufen. Vor dem Vorliegen der Ergebnisse erachtet es der Bundesrat aber als verfrüht, konkrete Schritte, wie sie der Fragesteller vorschlägt, einzuleiten. Bereits seit einiger Zeit befinden sich aber Vorschläge einer Arbeitsgruppe in Umsetzung, welche auf der Basis von Verkehrsleitsystemen eine bessere Ausnutzung des bestehenden Baregg隧nels erreichen will. Diese Massnahmen sind so terminiert, dass sie im Zeitpunkt der Eröffnung der Bözbergautobahn zur Verfügung stehen und damit wenigstens eine gewisse Entlastung des Bareggs

bewirken können. Frage 70: Reimann Maximilian. UKW-Frequenzpläne der Schweiz Plans de fréquences OUC Trifft es zu, dass die PTT um die UKW-Frequenzpläne der Schweiz eine Art von «Staatsgeheimnis» machen? Falls nein, ist der Bundesrat um Auskunft gebeten, wo interessierte Kreise in diese Pläne Einsicht nehmen und sie überprüfen können. Schriftliche Antwort des Bundesrates Es trifft keinesfalls zu, dass Frequenzpläne von den PTT-Betrieben als geheim behandelt oder Auskünfte verweigert würden. Im Gegenteil: Das zuständige Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement hat die betroffenen und interessierten Kreise vielmehr eingeladen, zur künftigen Nutzung der nur beschränkt verfügbaren UKW-Frequenzen Stellung zu nehmen. Zu diesem Zweck wurde eine umfangreiche Studie erarbeitet. Weder das Departement noch die PTT-Betriebe haben etwas zu verstecken. Die der erwähnten Studie zugrunde liegenden Planungsgrundlagen, insbesondere die Frequenzrohdaten, sind jedoch derart umfangreich und komplex, dass eine Analyse nur von Frequenzspezialisten mit Hilfe spezieller Computerprogramme vorgenommen werden kann. Der Fachdienst des Departementes und die Spezialisten der PTT-Betriebe waren und sind jedoch selbstverständlich bereit, Interessenten ergänzende Auskünfte zu den Planungsgrundlagen zu erteilen und auf Fragen einzutreten. Frage 71 : Danuser. Frauenvertretung in den ausserparlamentarischen Kommissionen Représentation féminine au sein des commissions extra-parlementaires Im kommenden Jahr werden wie alle vier Jahre die ausserparlamentarischen Kommissionen gesamthaft erneuert. Welche Vorkehren haben der Bundesrat und die Departemente getroffen, um eine angemessene Frauenvertretung (rund 50 Prozent) in den einzelnen Kommissionen zu sichern? Réponse écrite de la Chancellerie fédérale Dans sa réponse du 11 juin 1990 au rapport des commissions de gestion des conseils sur les réélections au sein des commissions extra-parlementaires pour la législature 1989-1992 (FF 1990 III 320), le Conseil fédéral a traité en détail le problème de la sous-représentation des femmes dans les commissions. Il a notamment précisé que les contrôles seraient renforcés lors du renouvellement des commissions extra-parlementaires et que des explications seraient exigées chaque fois que les femmes sont manifestement sous-représentées au sein des commissions. En outre, les associations et organisations représentées au sein des commissions extra-parlementaires de la Confédération ont été invitées à proposer prioritairement des femmes en cas de réélections ou de mise au concours d'un siège vacant, jusqu'à ce que le pourcentage de femmes se soit considérablement accru. Le Conseil fédéral prévoit d'envoyer sous peu une nouvelle lettre portant sur la pratique plus rigoureuse qu'il entend appliquer en matière de représentation féminine en prévision des élections générales de fin 1992. Enfin, le Conseil fédéral reverra début 1992 les directives du 3 juillet 1974 touchant les commissions et les modifiera, le cas échéant, de manière que les femmes puissent être mieux représentées dans les commissions extra-parlementaires. Frage 72: Gross Andreas. Erhöhung der Unterschriftenzahl für Referenden Référendums facultatifs. Relèvement du nombre des signatures requises Verschiedenen Bundesräten scheinen die zahlreichen Referenden dieses Herbstes sauer aufgestossen zu sein. In verschiedenen Zeitungsinterviews befürworteten sie deshalb die Erhöhung der Unterschriftenzahlen für fakultative Referenden. 1. Welches Problem würde der Bundesrat damit lösen wollen? 2. Würden mit einer Erhöhung der Unterschriftenzahl nicht eben wiederum jene grossen Verbände und Organisationen privilegiert, die heute in der vorparlamentarischen Entscheidungsphase ohnehin gut vertreten sind und eine höhere Referendumshürde ebenso einfach nehmen könnten wie heute? Réponse écrite de la Chancellerie fédérale La baisse de la participation des citoyens, lors des élections et des votations, est manifestement

liée à l'augmentation du nombre des objets soumis à la sanction populaire. Le Conseil fédéral doit donc chercher le remède à cette situation qui finira par mettre le système de la démocratie semi-directe en danger. L'augmentation des quorums pour le dépôt d'initiatives ou de référendums pourrait être envisagé. Cette solution ne semble cependant pas être, à elle seule, un remède efficace. Il faudrait, en outre, que par un engagement vigoureux des forces politiques responsables de la marche du pays quelques référendums ne trouvent pas d'appui populaire suffisant, par exemple. Diverses solutions peuvent être envisagées: il s'agit tout à la fois de prendre des mesures propres à lutter contre l'abus du référendum voire de l'initiative et de maintenir un exercice aisé des droits démocratiques des citoyens. Le Conseil fédéral va reprendre la révision de la loi sur les droits populaires, mise en suspens, il y a deux ans. Il en profitera pour charger le groupe de travail, mis en oeuvre à cette fin, d'examiner si de telles solutions respectueuses des droits des citoyens pourraient être trouvées.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Fragestunde Heure des questions In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1991 Année Anno Band V Volume Volume Session Wintersession Session Session d'hiver Sessione Sessione invernale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 09 Séance Seduta Geschäftsnummer --- Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 09.12.1991 - 14:30 Date Data Seite 2279-2290 Page Pagina Ref. No 20 020 681 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.